

Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonntags. Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4. Viertel. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Fipr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverb. d. Verb. Hamb. 11598
45. Jahrgang **Hamburg, 8. August 1931** Nummer 32

Unsere Lohn- und Tarifbewegungen im Jahre 1930

Sart lastet seit Jahren die Not der Zeit auf unserer deutschen Wirtschaft und auf dem deutschen Volk. Aber ungleich schwerer als die Allgemeinheit ist unser Maler- und Lackiererberuf betroffen. Die Beschäftigungsmöglichkeiten werden immer beschränkter. Die Bautätigkeit wird immer stärker gedrosselt, obwohl die Wohnungsnot in unverminderter Schärfe anhält, die Zahl der Wohnungslosen noch immer in die Hunderttausende geht. Die Hausbesitzer haben glänzende Konjunktur. Mögen die Mietwohnungen noch so herabgewirtschaftet und verwahrlost sein, sie werden ihre Wohnlöhner reichend los, ohne den geringsten Handschlag zur Instandsetzung tun zu müssen. Und den Mietern fehlen die Mittel zu Renovierungsarbeiten, Dringliches zur Erhaltung der Gesundheit muß hinter der Ernährung und Bekleidung der Familie als noch dringlicher zurückstehen. So sind dauernd zehntausende unserer Berufsangehörigen erwerbslos, während eine unsinnige Gewerbepolitik der Unternehmer jährlich neue zehntausende Ausgelernter dem Arbeitsmarkt zuführt. Kaum anders sind die Verhältnisse unserer Lackiererkollegen in der Industrie. Während hier früher 15 000 bis 20 000 Berufsangehörige Beschäftigung fanden, hat die Mechanisierung der Arbeit, Einführung schnelltrocknender Materialien, Umstellung auf Saug- und Spritztechnik tausend und aber tausend Kollegen aus dem Produktionsprozess ausgeschaltet. Die Lackierer sind aus hochqualifizierter Handwerker zu Industriearbeitern geworden. Die Industrie, früher diesen Kollegen aus dem Baualtergewerbe in den langen Wintermonaten Arbeit und Verdienst bietend, hat einen großen Teil der beruflichen Arbeitskräfte abgestoßen. Mit der Heranbildung überzähliger und überschüssiger Arbeitskräfte geht einher eine gewaltige Zunahme der Klein- und Kleinstbetriebe unseres Gewerbes, so daß ein Konkurrenzkampf von unerhörtem Ausmaß einsetzte, der einen Vernichtungskrieg auslöste, wie er schlimmer nicht zu denken ist und in seinen Auswüchsen die Existenz des ganzen Gewerbes auf das schwerste bedroht.

Unter diesen Verhältnissen ist unser Verband der Kollegenschaft in den letzten Jahren mehr als je zuvor der einzige Rückhalt gewesen. Es sei nur an die Lohnverhältnisse während der Inflationszeit und kurz nach der endlich und viel zu spät erfolgten Stabilisierung der Währung erinnert, wo unsere Kollegen mit Wochenlöhnen abgepeißt wurden, die günstigsten Falles ein Vegetieren zwischen Hunger und bitterster Not gestatteten. Unter Einsatz aller Kräfte der Organisation ist es bei geschickter Taktik in den darauffolgenden Jahren ohne allzu große Opfer des einzelnen oder der Gesamtheit gelungen, die Löhne in unserm Beruf durchaus zeitgemäß zu erhöhen und den Kollegen einen entsprechenden Teil der Früchte ihrer Arbeit zu sichern, Löhne zu erringen, die in keinem Falle hinter andern Berufen zurückstanden. Es betrug die wöchentliche Lohnsteigerung für die an den Bewegungen beteiligten Kollegen:

Im Jahre	Für Kollegen	Im Durchschnitt für den einzelnen pro Woche M.	Zusammen für alle Kollegen pro Woche M.
1924	49 209	9,45	465 132
1925	53 620	12,52	671 753
1927	58 148	3,71	215 970
1928	65 787	3,74	264 741
1929	72 844	2,40	174 564

Das ist für diese Jahre eine Summe von insgesamt 1 792 160 M w ö c h e n t l i c h e r L o h n e r h ö h u n g oder im Durchschnitt von 31,82 M jede Woche für den einzelnen an den Bewegungen beteiligten Gehilfen und bedeutet eine Erhöhung des Tariflohnes um 93,8 % oder von durchschnittlich 62,18 M Anfang 1924 auf 128,48 M am Anfang des Jahres 1930. Rechnet man noch die ethischen Werte durch Verbesserung der sonstigen Arbeitsbedingungen, die Ertragskraft der Ferien u. a. m. hinzu, so dürfte auch den Zweiflern der Beweis erbracht sein, daß der Verband in dieser Zeit alles für die Kollegenschaft herausgeholt hat, was unter den obwaltenden Verhältnissen zu erreichen war.

Das Jahr 1930 brachte dann infolge des Umsichgreifens der Weltwirtschaftskrise und verschärft durch politische Wirrnisse den Aufschwung zum Stillstand. Kurz

nach Jahresanfang begonnene Bewegungen konnten noch mit einigem Erfolg für die Arbeiterschaft zu Ende geführt werden. Schon im Frühjahr blieb aber die jahreszeitlich bedingte Entlastung des Arbeitsmarktes aus. Mit einem Arbeitslosenheer im Rücken, das kaum einmal unter drei Millionen zurückging, im Laufe des Jahres bis zu der phantastischen Höhe von fast fünf Millionen answoll, mußte die um Verbesserung ihrer Existenz ringende Arbeiterschaft in Abwehrstellung gedrängt werden.

Manifest zum 11. August

Da Volk der Deutschen Republik:
Am frei zu sein und frei zu leben,
hast du die freieste Verfassung dir gegeben,
die freieste der ganzen Welt,
die dich in deinen Staat als Vort und Herrscher stellt.
Kein Potentat wird deine Einheit trennen,
denn du bist Majestät, denn du bist Souverän!
Du sollst dich frei zu deinem Staat bekennen,
zu deinem Staat in Sturm und Wetter stehen.
Als Staat bist du das Recht, du kannst dich selbst regieren
und selbst dein Schicksal lenken hin zur Sonnenbahn.
Nie läßt ein freies Volk sich kommandieren!
Ein freies Volk braucht keine Diktatur!

Da Arbeitsvork der Deutschen Republik:
Die sichert die Verfassung viele Rechte,
gebrauche sie, dann kommst du auch zur Macht!
(Wenn daran doch das Volk der Arbeit dächte,
dann hätte es schon längst zur Geltung sich gebracht!)
Der Staat bist du, er ist dein Schutz, dein Haus!
Veräume nie, es fort und fort zu bauen
getrennt dem Wort, wie aus Granit gehauen:
Die Staatsgewalt geht nur vom Volke aus!
Du mußt dich selbst in die Verfassung wählen,
dann wird kein Gegner dir die Rechte stehlen,
denn nur durch eigne geistige Revolution
befreist du dich von Zwang und Fron!
Victor Kalinowski.

Sie mußte das um so mehr, als die Unternehmeroffensive unerwartete Hilfe durch die weitesten Volkskreise unverfändliche Stellungnahme der Reichsregierung (trotz eines Reichsarbeitsministers aus christlichen Arbeiterkreisen) auf Abbau der Löhne und Gehälter einen starken Antrieb bekam. Trotzdem konnten bis in den Herbst hinein die zum Teil brutalen Angriffe der Unternehmer abgewehrt werden. Erst der Ausfall der Reichstagswahlen mit dem Erfolg der Nationalsozialisten, dieser Mischung aus vortriebszeitlicher Reaktion, kapitalistischer Scharfmacherei und spießbürgerlicher Engstirnigkeit, steigerte den Angriffswillen der Arbeitgeberorganisationen ins Angemessene und brachte die starke Stellung der gewerkschaftlichen Abwehr ins Wanken. Die erste Niederlage erlitt die kampferprobte Arbeiterschaft in Nordwest durch den Deynhausener Schiedspruch. Ihr folgte der gigantische Abwehrkampf in der Berliner Metallindustrie. Zwar brachten die für verbindlich erklärten Schiedsprüche den Unternehmerforderungen bei weitem nicht volle Erfüllung, im Prinzip aber die amtliche Anerkennung für den Lohnabbau. Die Folgen zeigten sich sehr schnell. Zum erstmöglichen Termin setzte eine Kündigungswelle auf alle zum Herbst und Winter befristeten Tarifverträge und Lohnvereinbarungen ein, die sich voll erst im laufenden Jahre auswirkte und der Arbeiterbevölkerung gewaltige Opfer auferlegte. Während unsere Lackiererkollegen in der Industrie zum großen Teil sofort in den Strudel gezogen wurden, konnte im Baualtergewerbe infolge der Befristung der Lohnabkommen auf das Frühjahr 1931 vorerst der Entwicklung der Dinge in abwartender Stellung entgegengesehen werden. Allerdings nicht, ohne daß ein starker Druck auf die übertariflichen Löhne ausgeübt wurde. Dem gemein-

samen Ansturm bei dauernd stärker abflauernder Konjunktur konnten zuletzt auch die baugewerblichen Organisationen nicht widerstehen.

Von unserm Verbandsverbande wurden im Jahre 1930 insgesamt 65 Bewegungen ohne und 34 Bewegungen mit Arbeitseinstellungen durchgeführt, die sich auf 6350 Orte mit 39 964 Betrieben und 124 164 beruflichen Arbeitnehmern (davon 312 weibliche Beschäftigte und 37 665 Malerlehrlinge) erstreckten, gegen 86 Bewegungen ohne und 40 Bewegungen mit Arbeitseinstellungen im Jahre 1929, an denen in 3854 Betrieben 37 484 Betriebe mit 122 118 Beschäftigten (davon 715 weibliche und 35 342 Malerlehrlinge) beteiligt gewesen waren. Von den Bewegungen entfielen 26 ohne Arbeitseinstellung, die 6 189 Orte mit 39 419 Betrieben und einschließlich der 37 665 Lehrlinge 117 241 Personen umfaßten sowie ein Angriffsstreik mit 42 Beteiligten, auf das Malergewerbe. Dabei sind natürlich die zentralen Bewegungen unter dem Reichstarif, dem rheinisch-westfälischen und dem schlesischen Landestarif und dem Bezirkstarif München-Glabach und Umgegend mit 113 524 Beteiligten nur als je eine Bewegung gezählt.

Der Reichstarifvertrag war am 30. April 1930, an demselben Tage das sechs Wochen zuvor von beiden Kontrahenten gekündigte Lohnabkommen abgelaufen. Schon damals spukte in Arbeitgebertreibern der Gedanke, wesentliche Verschlechterungen in den zu erneuernden Tarifverträgen hineinzubringen. Wieder wurde das alte Phantom von 2400 Jahresarbeitsstunden aufgewärmt, während von uns die zeitgemäße Forderung nach einer regelmäßigen Wochenarbeitszeit von 45 Stunden erhoben und sonstige Verbesserungen angestrebt wurden. Der Anparteiische, Herr Regierungsrat Dr. D o b b e r s t e i n, beendete das zweitägige, bis in die tiefen Nachtstunden ausgeübte Ringen mit einem Schiedspruch, der die bisherige Arbeitszeit von 48 Stunden bestehen ließ, im übrigen einige Verbesserungen und vor allem für einige Punkte eine präzisere Fassung brachte. In der Lohnfrage, zu der das Haupttarifamt eingehend Stellung nahm, wurde ein Schiedspruch gefällt, nach dem das bisherige Lohnabkommen auf ein Jahr, das heißt bis zum 30. April 1931 verlängert wurde. Damit war der von den Unternehmern allen Ernstes gestellte Antrag, die in den Jahren 1928 und 1929 festgelegten Lohnerhöhungen abzubauen und das 1927 vereinbarte Lohnabkommen wieder in Kraft zu setzen, gefallen. Die Verlängerung des Lohnabkommens bedeutete für 5 661 5 an der Bewegung interessierte Gehilfen die Abwehr einer wöchentlichen Lohnkürzung von insgesamt 323 272 M oder von 5,70 M die Woche für jeden einzelnen Kollegen. Von Bedeutung ist die Ausdehnung der vertraglichen Bestimmungen auf weitere 32 Lohngebiete, so daß nach Abschluß der Bewegung 621 Lohngebiete, umfassend 5897 Orte mit 27 576 Betrieben und 82 889 Beschäftigten (davon 26 274 Lehrlinge) dem Tarif unterstanden. Bei den notwendigen Verhandlungen zur Festsetzung der örtlichen Bestimmungen konnten weitere Verbesserungen, unter anderem für 10 Lohngebiete mit 1098 Betrieben für 4719 Beschäftigte eine Herabsetzung der Wochenarbeitszeit auf 45 Stunden oder eine Arbeitszeitverkürzung um 1,234 1/2 Stunden die Woche erreicht werden. — Die beiden Landestarife für Rheinland-Westfalen und für Schlesien sind unverändert in Geltung geblieben. Abzweigung einer Anzahl von Lohngebieten unter dem ersteren konnte durch Abschluß von Ortstarifen ausgeglichen werden. Er umfaßte Ende 1930 116 Lohngebiete mit 123 Orten, 8159 Betrieben und 23 714 Beschäftigten, während dem schlesischen Landestarif 60 Lohngebiete mit 81 Orten, 1915 Betrieben und 6115 Berufsangehörigen unterstellt sind. Hier traten die Unternehmer besonders hartnäckig für Lohnabbau ein. Nachdem im Frühjahr eine Verlängerung des Abkommens von 1929 erzwungen werden konnte, kam ein späterer Schiedspruch den Arbeitgebern entgegen, indem vom 6. September an in 13 Lohngebieten für 1160 Gehilfen eine Lohnkürzung um 1560 M die Woche oder 1 bis 3 M die Stunde hingenommen werden mußte. Eine weitergehende Verschlechterung des wöchentlichen Einkommens

um 6336 M konnte für 2009 Gehilfen abgewehrt werden. Weitere 19 Bewegungen wurden für 82 Orte mit 1451 Betrieben und für 3717 Beschäftigte durchgeführt, die eine Lohnhöhung um 119 M und um 512 Danziger Gulden brachten, während eine Lohnkürzung um 4067 Danziger Gulden abgewehrt werden konnte.

In Lackerereien und Industriebetrieben wurden 39 Bewegungen ohne und 33 Bewegungen mit ArbeitsEinstellungen, davon 4 Angriffsstreiks, 19 Abwehrstreiks und 11 Aussperrungen, durchgeführt, an denen insgesamt 756 Betriebe in 223 Orten und 7211 Beschäftigte, davon 312 weibliche, beteiligt waren. 15 Bewegungen sind im Berichtsjahre nicht beendet worden. Das Ergebnis aller Industriebewegungen stellt sich dar wie folgt: Es wurden erreicht: eine Arbeitszeitverkürzung für 841 Personen um 939 Stunden die Woche, für 98 Beteiligte eine wöchentliche Lohnhöhung um 305 M und für 2764 Beschäftigte sonstige Verbesserungen. Es wurden abgewehrt: für 965 Beschäftigte eine Lohnreduktion um 4550 M und von 70 Danziger Gulden die Woche, außerdem für 1564 Beschäftigte sonstige Verschlechterungen. Dagegen mußten hingenommen werden: für 851 Beschäftigte eine Lohnkürzung um 2980 M und von 64 Danziger Gulden die Woche, und für 1208 Personen sonstige Verschlechterungen, ungünstigere Altkorberechnungen und dergleichen.

Die Gesamtergebnisse für Maler und Lackierer zusammengefaßt ergeben eine Arbeitszeitverkürzung um eine bis zu drei Stunden, für 5560 Personen um insgesamt 13281 1/2 Stunden die Woche und eine Lohnhöhung für 786 Personen um 833 M und um 512 Danziger Gulden die Woche, außerdem wurden sonstige Verbesserungen für 17304 Personen erreicht. Es konnten Lohnkürzungen für 58166 Kollegen um 336656 M und für 585 Kollegen um 4137 Danziger Gulden und sonstige Verschlechterungen für 7679 Beschäftigte abgewehrt werden, während allerdings auch für 2016 Beschäftigte eine Lohnreduktion um 4520 M beziehungsweise von 64 Danziger Gulden eintrat und für 1208 Beschäftigte sonstige Verschlechterungen hingenommen werden mußten. Alle diese Lohnkämpfe verursachten eine Ausgabe von 55982,52 M, von denen 40976,33 M auf Streiks und Aussperrungen entfielen.

Mußten wir uns in vorstehendem auf eine kurze Darstellung der Ergebnisse unserer Bewegungen beschränken, sei nicht unterlassen, mit einigen Worten auf die Schwierigkeiten hinzuweisen, die von unsren Vertretern bei der Durchführung der Lohn- und Tarifverhandlungen zu überwinden sind und die in der Regel nur von Kollegen richtig eingeschätzt werden, die selbst Gelegenheit haben, mit den von Unternehmerverbänden zugezogenen Syndikali-

stlinge zu kreuzen. Gegen die juristischen und philosophischen Spitzfindigkeiten dieser studierten Herren, gegen ihre Brutalität allem gegenüber, was den dreimal geheiligten Profit des Unternehmertums zu schmälern droht, ist mit starken Worten oder auf den Tisch hauen nicht geeignet. Daß unsere Organisationsvertreter dennoch bestehen konnten, trotz tiefster Depression der Wirtschaft und trotz dem hinter den Kämpfenden stehenden Millionenheer von Arbeitslosen achtbare Erfolge erzielten, das Bestehende erhalten, manches in den Tarifverträgen verbessern konnten, ist nur darauf zurückzuführen, daß sie sich bewußt sind, für das unabänderliche Menschenrecht der Kollegenchaft zu kämpfen. Wenn heute die Arbeits- und Lohnverhältnisse unserer Mitglieder geregelt sind, in

	für Orte	mit Betrieben	und Beschäftigten
621 Reichstarifen	5897	27 576	82 889
116 rheinisch-westf. Landestariften	123	8 159	23 714
60 schlesischen Landestariften . .	81	1 915	6 115
6 W.-Glabach. Bezirkstarifen	6	318	806
19 örtlichen Tariften	82	1 451	3 717
49 Industrietariften	160	957	8 134

zusammen in 6349 Orten für 40376 Betriebe mit 125375 Beschäftigten, so ist damit ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden. Das wird in unserm Jahrbuch zahlenmäßig durch eine große Tabelle über die Arbeitszeit- und Lohnveränderungen im Malergewerbe in dem Zeitraum der letzten 45 Jahre, das heißt von 1886 bis 1930, nachgewiesen. Das umfangreiche und mit großem Fleiß zusammengetragene Zahlenmaterial sei allen Kollegen zum angelegentlichsten Studium empfohlen. Wer in der gegenwärtigen Zeit tiefsten Daniebertliegens der Wirtschaft an allem zu zweifeln, sich selbst aufzugeben zu beginnen droht, dem wird diese Uebersicht zeigen, daß die Organisation seit ihrem Bestehen eine gewaltige Arbeit geleistet, das Rad der Entwicklung mächtig vorwärtsgetrieben hat. Damals eine 66 bis 72 Stunden dauernde Wochenarbeitszeit, Löhne von 20 bis 30 $\frac{1}{2}$ die Stunde und auch damals wie in der Zwischenzeit Krisen von gewaltigem Ausmaß. Dennoch ist es durch den Zusammenhalt der Kollegenchaft vorwärts gegangen. Es wird auch in Zukunft wieder aufwärtsgehen, wenn unsere Kollegenchaft auch weiter geschlossen zusammensteht und sich Goethes Mahnung: „Allen Gewalten zum Trost sich erhalten, nimmer sich beugen, kräftig sich zeigen!“ zu eigen macht. Sie wird — wenn auch nicht auf einen Sieb — allen Angriffen der wirtschaftlichen und politischen Reaktion zum Trost, das Verlorene zurückholen und je geschlossener um so eher zu erfolgreichem Angriff um neue Errungenschaften übergehen können.

Einig und geschlossen zu neuem Aufstieg!

AGD-Spekulation!

Die AGD ist keine selbständige Organisation, sondern nur eine Abteilung der KPD, mit der Spezialaufgabe, die freien Gewerkschaften zu bekämpfen, nach Möglichkeit zu spalten. Nach Behauptung der AGD sind die freien Gewerkschaften lediglich Instrumente des Arbeiterverrats, ihre Leitungen bewußte Erbanten des Kapitals. Das Unternehmertum mit seinem erworbenen Landknechts-trost, mit Monarchisten, Prinzen, wilhelminischen Generalen, mit Stahlhelmen und Nazis, mit Zylinderonfeln, Schiebern, Lenden, Berufsverbrecher usw. in Idealgemeinschaft, marschiert mit dem Feldgeschrei: Gegen den Marxismus! Damit sind auch die Gewerkschaften gemeint, die man der Todfeindschaft gegen die Privatwirtschaft, gegen das Kapital, gegen die von Gott gewollte Autorität beschuldigt. Sie verhätschelten die Arbeiter mit zu hohen, dem Kapital abgepreßten Löhnen und Sozialleistungen. Mit genau entgegengesetzten Vorwürfen stürmen AGD und Kapital gegen die Gewerkschaften, aber einzig im Ziel, sie zu zerstören, die Republik und Demokratie für Deutschland zu einer historischen Angelegenheit zu machen.

Dieser würdigen Ehe ist eine Mißgeburt geboren, der KPD-Beschluß, dem Nazi-Volkentscheid zum Siege zu verhelfen. Von der AGD-Abteilung in der KPD-Zentrale angeregt, unter Krach und unter Heil Rosau-Kraften einer nur geringen Mehrheit, purzelte der Bastard in die Welt. Mit Abscheu selbst von Kommunisten begrüßt. Die „Revolutionsspartei“ als Lakai der Nazis und Stahlhelmer! Der Tobal ist sogar vielen bisher blindlings den Bedert-Schälmann folgenden Arbeitern zu stark. Ueber den Preußen-Volkentscheid sollen sie den Halentkrenzpartei die Macht im Reich, in den Ländern und Kommunen in die Hände spielen! Unmöglich. Kein Zweifel besteht darüber in der Arbeiterschaft: Eine Hugenberg-Hitler-Regierung würde bedeuten: Vernichtung fast aller Arbeiterrechte, der gewerkschaftlichen Tarifsetzung, der Sozialgesetze, die Etablierung eines Industrie-Agrar-Fendalismus faschistischer Oberhand.

Freches Betrugsmanöver zur Durchführung eines neuen ungeheuren Ausplünderungsfeldzuges gegen das deutsche Volk, so charakteristische bis vor wenigen Tagen die gesamte KPD-Preße den Volkentscheid. Wie um die eigenen Anhänger provokatorisch zu narren, kam über Nacht die Parole: Sitz dem Stahlhelm und Halentkrenz mit revolutionärer Stimmzettelhilfe aller Mannen der AGD-KPD!

Darum sollen die AGD-Leute sich selbst, und ihre Klammerngenossen in den freien Gewerkschaften und ihre Oberhaupten, die Unorganisierten mit dem Volksbetrug betrogen, sich selbst den Kapitalisten für neuen Ausbeutungszug anfertigen? Die AGD, das ist kein Geheimnis, hat ihren Vätern schon viel Kummer, aber noch keine Freude bereitet. Zwar läßt sie ihre Räubler gewaltig klappern, aber sie liefern kein Revolutionsmehl. Die schon

so oft — angeblich vernichtend geschlagenen Gewerkschaften leben immer noch, denken nicht ans Sterben. Darum sagten sich die AGD-Strategen: „Schaffen wir nicht, dann sollen es die Halentkrenzler und Stahlhelmer schaffen. Verhelfen wir ihnen zum Siege, liefern wir ihnen die Regierungsmacht, dann werden sie die Gewerkschaften zerstören. Das ist der Erfolg unsere genialen Taktik!“

Daß die Arbeiterschaft nach solchem „Erfolg“ noch mehr drangsaliiert, noch mehr ausgebeutet, noch toller vergewaltigt wird, das ist den KPD-Taktikern kein zu hoher Preis, für die Aussicht, die Gewerkschaften von den schlimmsten Volksfeinden zerschlagen lassen zu können. Hofft man doch auch, daß eine Hugenberg-Hitler-Regierung die Stimmung für putschistische Aktionen vorbereite, die siegreichen Vormarsch der Weltrevolution vorkäufeln sollen.

Das Unternehmertum sieht etwas anderes. Es sieht, daß die AGD-Taktik die schon bestehende Luft innerhalb der Arbeiterschaft noch weiter verhärtet, die Bildung einer gewerkschaftlichen Einheitsfront noch schwieriger macht. Der Beschluß der KPD-Zentrale ist für das Kapital ein Göttergeschenk. Allerdings, die Rechnung der Kapitalisten, wie auch die der Bedert und Co., stimmt nicht ganz. Der letzteren bisherige Mißläuferschaft revoltiert gegen den Versuch, sie zum Stimmvieh für Schwerekapital und Junkertum, für Monarchisten und Faschisten herabzuwürdigen. Sie werden es machen wie schon oft, zuletzt bei der zum 15. Juli kommandierten Weltrevolution, sie pfeifen auf die Schand- und Schmach-parole.

Darum: Keine Stimme diesem Volksentscheid! Damit am 10. August konstatiert werden kann: Reinfall der Hugenberg-Schälmann-Hitler-Bedert-Koalition mit ihrem Volksbetrug!

Stammnäßige Wirtschaftsführung das Gebot der Stunde!

Die Vorgänge der letzten Monate in Deutschland, Oesterreich und andern Ländern lassen mit aller Schärfe die Dringlichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems hervortreten. Man kann von einem Bankrott der privaten Wirtschaftsführung reden. Es war Mode geworden, über die öffentliche Wirtschaft die tollsten Verleumdungen in die Welt zu setzen. Jede Schwierigkeit einer gemeinnützigen Unternehmung wurde aufgebauht, um zu zeigen, daß das sogenannte marxistische System gründlich verfaßt habe. Obwohl der Marxismus mit dergleichen Dingen gar nichts zu tun hat, wurde er für alles verantwortlich gemacht. Dies war nur möglich, weil die große Masse des Bürgertums weder vom Marxismus, noch von der Wirtschaft, etwas versteht. Dagegen wurde das selbstverantwortliche Unternehmertum, die Mission der sogenannten Wirtschaftsführer in den Himmel gehoben und über den grünen Klee gelobt. Die

Zusammenbrüche der letzten Zeit haben gezeigt, daß der Kapitalismus alles andere als eine wünschenswerte Wirtschaftsordnung darstellen kann. Wir befinden uns gegenwärtig auf dem Scheitelpunkt einer geschichtlichen Epoche, wo unter Versten und Krachen, unter Opfern und Verlusten der Hochkapitalismus in eine neue Wirtschaftsordnung überzugehen sich anschickt.

Von den Zusammenbrüchen sind vor allen Dingen die bei der Norddeutschen Wolllammerei und bei der Danabank bemerkenswert. Der Zusammenbruch der österreichischen Credit-Anstalt hat das Vertrauen zur mitteleuropäischen Wirtschaft sehr erschüttert. Die Kreditentziehungen von Deutschland nahmen zu. Doch glaubte man nicht, daß ein Institut wie die Darmstädter- und Nationalbank von diesem allgemeinen Mißtrauen so erfaßt würde, daß es seine Schalter schließen mußte. Der Zusammenbruch der Danabank hat den Nimbus, der über die Großbanken im Volke verbreitet war, verwischt. Die Großbanken haben seit Jahrzehnten hindurch die erste Geige in der Wirtschaft gespielt. Das Volk ging an den prägnanten Bankpalästen in der City der Großstädte ehrfürchtig vorüber. In diesen Monumentalbauten, wo nach Sombart, die Genesis der modernen Volkswirtschaft herrscht, begegnen sich die höchsten Würdenträger des Staates auf den Korridoren, aber sie haben in diesen Räumen nichts zu befehlen, in denen Könige antichambrieren, um sich den Entscheid über Leben und Sterben zu holen. So war es einmal. Heute muß der Staat eingreifen, um derartige Institute vor dem vollständigen Verfall zu retten. In Oesterreich sowohl wie in Deutschland muß die Öffentlichkeit mit ihrem Vermögen die kapitalistische Pleite auszugleichen versuchen. Der Danabank ist die Schröder-Bank in Bremen gefolgt. Auch sie mußte die Schalter schließen, weil sie in Schwierigkeiten geraten war. Die Zusammenbrüche dieser beiden Banken hängen sehr eng zusammen mit dem Bankrott des Nordwolle-Konzerns. Die Gebrüder Lahusen sitzen jetzt hinter Schloß und Riegel. Ihre Schuld scheint als erwiesen zu gelten. Diesen großen Stürzen in der Privatwirtschaft waren eine Reihe anderer vorangegangen. Wir erwähnen nur den Zusammenbruch des Frankfurter Versicherungskonzerns, der Hugenbergschen Ostbank für Handel und Gewerbe, um nur einige herauszugreifen.

Wir wollen uns über die Einzelheiten der kapitalistischen Mißwirtschaft nicht weiter verbreiten. Es genügt festzustellen, daß Institute insanken geraten sind, deren Geschäftsführung das größte Vertrauen genoss. Das Bürgertum steht vor einem Rätsel. Wir, die wir niemals an die Gottähnlichkeit der großen Wirtschaftsführer geglaubt haben, sehen in diesen Dingen nichts außer gewöhnliches. Es obliegt uns aber daraus die nötigen Schlüsse zu ziehen. Eine Erscheinung gilt es zu beachten: Die staatliche Gewalt im Wirtschaftsleben tritt immer stärker in den Vordergrund. Wo ein Industrieunternehmen oder ein Bankhaus zu krachen beginnt, ruft man den Vater Staat. Die Allgemeinheit soll da helfend eingreifen, wo die Kunst der Privatwirtschaft versagt. Man nennt dies eine „Sozialisierung der Pleite“ oder des Defizits. Die Herren Wirtschaftsführer scheinen zu glauben, daß der Privatunternehmer den Rahm von den Wirtschaftsergebnissen abschöpfen soll und bei Pleiten die Allgemeinheit einzuspringen hat. Für eine solche Rolle muß sich der Staat bedanken.

Die Gewerkschaften haben auf diese Dinge schon früher hingewiesen und die notwendigen Konsequenzen gezogen. Sie sind der Meinung, daß die kapitalistische Wirtschaft einer Korrektur bedarf. Es müssen Institutionen der Wirtschaftskontrolle und der Wirtschaftsführung in das Gebäude der kapitalistischen Wirtschaft eingebaut werden. Der Genosse Naphatali hat als Kenner dieses Stoffes kürzlich folgende Forderungen aufgestellt: Gründliche Reform des Aktienrechts, Verwirklichung einer Aktiengesetzreform, die geeignet ist, die Mißstände im deutschen Aktienwesen zu beseitigen. Damit muß eine Verschärfung der Verantwortlichkeit und der Regresspflichten von Vorstand und Aufsichtsrat der Aktiengesellschaften verbunden sein. Die Reform des Aktienrechts soll weiter die Einführung der Pflichtrevisionen durch öffentliche Stellen gewährleisten. Ferner müssen die Publizitätsvorschriften bei den Aktiengesellschaften verschärft werden. Sie sind zu ergänzen durch die Verpflichtung der vollen Veröffentlichung aller Bezüge von Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, die hohen Gehälter in der Privatwirtschaft kennenzulernen. Zur Durchführung alles dessen ist eine Reichsinstanz notwendig, die mit den nötigen Vollmachten ausgestattet ist.

Weil gerade in der Großwirtschaft sich Mißstände erheblicher Art gezeigt haben, ist eine Kontrolle der Kartelle, Trusts und anderer monopolistischer Bindungen dringend notwendig. Diese wurde bereits seit Jahren von den Gewerkschaften gefordert. Im Dezember 1930 hat die sozialdemokratische Reichstagsfraktion einen Initiativgesetzentwurf eingebracht, der nur verwirklicht zu werden braucht, um der Regierung die notwendige Handhabe zum Eingreifen in die Privatwirtschaft zu geben.

Die großen Institute, die das Finanzkapital kommandieren, haben sich ihrer Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Die eigentlichen Risikoträger der Großbanken sind nicht die Aktionäre oder die Geschäftsinhaber, sondern das Reich beziehungsweise die Steuerzahler. Es ist nicht erwiesen, daß sich die Vorfälle bei der Danabank oder bei der Schröder-Bank nicht wiederholen. Um derartige Manipulationen im Reim zu ersticken, muß eine Bankenaufsicht und eine Ueberwachung der Kapitallenkung als dringendstes Gebot der Stunde angesehen werden. Genau so wie die Privatversicherung durch ein Reichsaufsichtsamts überwacht wird, muß dies auch bei den Banken geschehen. Diese müssen in ihrer Geschäftsführung einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden. In Verbindung mit der Reichsbank ist

ein Apparat zu schaffen, der die Lenkung des Kapitalstromes überwacht und seinen Lauf nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten bestimmt.

Der Verlauf der deutschen Wirtschaftsentwicklung muß also dahin gehen, die staatliche Einflußnahme auf die Wirtschaft in ein mustergültiges System zu bringen.

Wirtschaft von heute

Es gibt ein geflügeltes Wort, das lautet: Nichts Gewaltigeres lebt als der Mensch. Man kann leider nicht behaupten, daß in der heutigen Zeit nach diesem Wort gehandelt wird.

In Wötting in Bayern gab es bisher ein Zementwerk, das den besten deutschen Zement liefern konnte.

Was taten nun die Herren vom Zement Syndikat, die wie alle andern Wirtschafts- und Industriezweige auch über das Wirtschaftselend klagen und Löhne und Gehälter glauben abbauen zu müssen?

Dem Syndikat blieb der Erfolg versagt: auch jetzt trat das Wöttinger Werk dem Syndikat nicht bei.

So geht's heute in der großen Wirtschaft zu. Der weiten berartiger Anflug getrieben wird, schreit die Industrie nach Arbeitern und Gehältern.

Zehn Jahre weiter!

Es sieht trostlos aus in Deutschland für die arbeitende Bevölkerung. Die soziale Reaktion hat sich in den Sattel gesetzt und schwingt die Peitsche.

Politisch und kulturell sind die Aussichten nicht besser. Die Hochschulen sind ein trübes Kapitel in unserer demokratischen Republik.

Es sei an dem Fall Gumbel erinnert, da er symptomatisch ist. Professor Gumbel, ein tapferer Vorkämpfer der neuen Zeit, wurde nach Heidelberg berufen.

Mittel von keinerlei moralischen Bedenken geplagt wurden. Selbst Gymnasialisten veranlaßte man zur Einzeichnung in die Liste.

Wo solcher Geist herrscht, da ist es nicht verwunderlich, daß man für den Arbeiter nur grenzenlose Verachtung hegt.

Das Werden von Rauffraß ist Selbstmord

Rauffraßverminderung wird heute als das Allheilmittel angesehen, obwohl die ganze Wirtschaftslage daran krankt.

Es ist ein Übel, auch nur annehmen zu wollen, daß man in einer Epoche der Massenerzeugung, der großen Läger und der Absatzstörung, verbunden mit größter Arbeitslosigkeit, der Krise durch Lohn- und Gehaltskürzungen auch nur im mindesten helfen könnte.

hälter der Beamten und nicht Krisensteuer für die Einkommen wären das gegebene und notwendige gewesen, sondern Vereinfachung der aufgeblähten Verwaltung in allen deutschen Ländern.

Baugewerbliches

Baustoffe und Baugeräte 1931.

Die Tatsache, daß zwingende Notwendigkeit erfinderische Tätigkeit anspornt, scheint sich in diesem Jahr bei der Bauindustrie zu bewahrheiten.

Zum Schutz von Beton und Mauerwerk gegen den Einfluß von Säuren werden Anstrich- und Schmelzmassen gelehrt, die in dünnflüssiger Form zweimal nacheinander aufgetragen werden.

In der Erkenntnis, daß dunkelfarbige Dächer stets Wärme absorbieren, so daß die darunter liegenden Räume übermäßig heiß werden, hat man einen neuen silbernen Dachanstrich geschaffen.

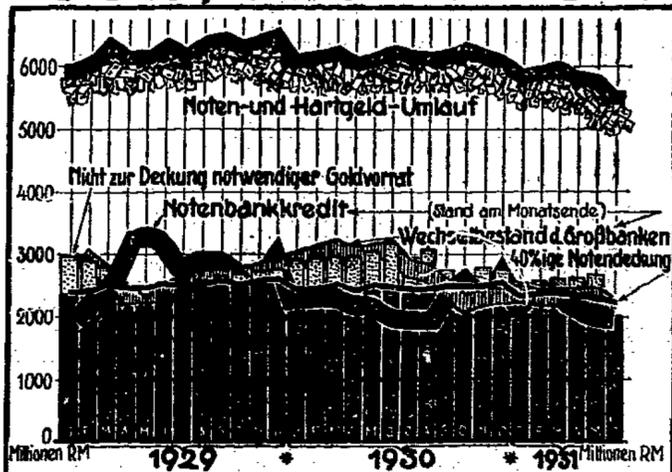
Die während der Herbstbaummesse ausstellten Baumaschinen sind durchweg kleinere Bauarten, wie sie fast auf jedem Bauplatz zur Herstellung kleiner Mengen von Baustoffen gebraucht werden.

Auskünfte über ausgestellte Einzelheiten, die Tagungen, Vorträge und Unterbringungsfragen erteilt das Leipziger Messeamt, Leipzig C 1, Markt 1.

Genossenschaftliches

Die Volksfürsorge legt einen guten Abschluß vor. Das große aus der Gemeinschaftsarbeit zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften geschaffene Versicherungsunternehmen, die Volksfürsorge, legt ihren Abschluß für 1930 vor.

Gold, Geld und Kredit



Deckung des Devisenbedarfs nicht ausreichen, und so mußten ausländische Banken der Reichsbank Gold zur Verfügung stellen.

Die schwierige Lage der deutschen Volkswirtschaft.

Seit Herbst 1930 ist das Vertrauen unserer ausländischen Anleihegeber, fortgesetzt gesunken. Nach den Schätzungen, die der Reichsfinanzminister dieser Tage ausspricht, dürfte seither eine Summe von etwa 8 Milliarden RM in ausländischen Geldwerten vom Ausland abgezogen, bezw. aus Deutschland hinausgeschafft worden sein.

so mußten ausländische Banken der Reichsbank Gold zur Verfügung stellen. Nach dem durch das Hooverplan hinausgedrängt worden war, durch den Ausfallkredit, den nun die größten deutschen Firmen der Golddiskontbank zur Verfügung stellen, ist jede Gefahr für die deutsche Währung und Kreditwürdigkeit beseitigt.

anzusehen, was auch nicht ohne Wirkung auf den Abschluß der Volksfürsorge war. Trotzdem konnten in der Volksversicherung 417 389 Versicherungen neu abgeschlossen werden gegen 574 930 im Vorjahr. In der Lebensversicherung wurden 6500 (6829) Versicherungen neu getätigt. Allerdings war das Storno bei beiden Versicherungsarten wesentlich höher als im Vorjahr. Die Prämieinnahmen betrugen insgesamt 50,43 Millionen Mark. Davon entfallen auf die Volksversicherung 47,2 Millionen Mark. Die Einnahme aus Zinsen und Mieten betrug insgesamt 8,9 Millionen Mark. Die Versicherungsleistungen bei Sterbefällen beliefen sich in der Volksversicherung auf 3,16 Millionen Mark und in der Lebensversicherung auf 357 394 M. Der Versicherungsbestand betrug Ende 1930 in der Volksversicherung 2 150 723 Versicherungen mit 815 429 315 M Versicherungssumme, in der Lebensversicherung 35 964 Versicherungen mit einer Versicherungssumme von 65 364 141 M. Der Ueberschuß aus dem Gesamtgeschäft beträgt 13 089 993 M. Dieser Ueberschuß wird verwandt mit 10 283 076 M als Gewinnanteil der Versicherten der Volksversicherung. Außerdem erhalten die Versicherten der Volksversicherung, die im Jahre 1923 ihre Versicherung auf die neue Währung umstellten, aus Gründen der Billigkeit weitere 10 % ihrer Jahresprämie oder 268 638 M zugewiesen, so daß auf die Volksversicherungsabteilung zusammen 10,9 Millionen Mark Gewinnanteile entfallen. Den Versicherten der Lebensversicherung werden insgesamt 949 992 M gutgebracht. Der gesetzliche Reservefonds erhält 94 873 M. Den Kriegsrückverfönd und den Fonds besonderer Reserven werden 1 308 999 M zugewiesen. Der außerordentlich geringe Betrag von 50 000 M dient der Verzinsung des Aktientapitals. Man ersieht hieraus, daß das gewerkschaftlich-gesellschaftliche Versicherungsunternehmen den Ueberschuß in erster Linie den Versicherten zugute kommen läßt. Es wurde beschlossen, für das Jahr 1931 zum ersten Male die Schreibgebühr von 20 % für jede Prämienart zu lassen. Bei dem jetzigen Versicherungsbestand von rund 2,15 Millionen Versicherten bedeutet das für die Gesellschaft einen Einnahmeausfall von 400 000 M jährlich.

Der gute Abschluß der Volksfürsorge ist ein Beweis sparsamster Geschäftsführung. Die ganze Entwicklung der Volksfürsorge zeigt, welche glücklicher Gedanke es war, ein eigenes Versicherungsunternehmen für die Arbeiterschaft zu errichten. Eine Unterstützung der Volksfürsorge liegt im Interesse eines jeden einzelnen, weil er dann gegen alle Wechselfälle des Lebens geschützt ist.

Sozialversicherung

Krankenversicherung beim Ruhen von Arbeitslosenunterstützung.

Nach § 117 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist der Arbeitslose während des Bezuges der Hauptunterstützung für den Fall der Krankheit versichert. Das Arbeitsamt übernimmt die hierfür aufzuwendenden Beiträge. So klipp und klar diese Vorschrift auch erscheint, so haben sich doch bei der Durchführung derselben mancherlei Zweifelsfragen ergeben. Es dreht sich hierbei meist um die Auslegung der Worte „während des Bezuges von Hauptunterstützung“. Eine dieser Streitfragen geht darum, ob der Arbeitslose auch dann gegen Krankheit vom Arbeitsamt zu versichern ist, wenn die Unterstützung wegen einer verhängten Sperrfrist ruht, also nicht zur Auszahlung gelangt. In dieser Frage hat das Reichsversicherungsamt unterm 12. März 1930 eine Entscheidung gefällt, in der es heißt:

„Nach § 117 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes ist der Arbeitslose während des Bezuges von Hauptunterstützung für den Fall der Krankheit versichert. Ferner tritt nach § 118 deselben Gesetzes an die Stelle der versicherungspflichtigen Beschäftigung der Bezug der Hauptunterstützung, soweit es sich um die Rechte und Pflichten aus der Krankenversicherung handelt, nach diesem richten sich insbesondere Beginn und Ende der Mitgliedschaft. Von einem Bezug der Hauptunterstützung kann man nur sprechen, wenn die Hauptunterstützung gesetzlich zusteht. Soweit dem Arbeitslosen kein Anspruch auf die Hauptunterstützung zusteht, ist er demnach gegen Krankheit nicht versichert.“

Die Streitfrage ist demnach zum Nachteil der Versicherten geklärt. Sie unterliegen nur solange der Krankenversicherung und genießen deren Schutz, als sie tatsächlich Hauptunterstützung vom Arbeitsamt beziehen. Gehörte das Ruhen der Unterstützung (infolge verhängter Sperrfristen) bisher zu den Ausnahmefällen, so ist durch die Novellierungen der letzten Zeit hierin eine Aenderung eingetreten. Die Unterstützung kann heute auch noch aus ganz andern Anlässen ruhen. Durch die verschiedensten Anrechnungsbestimmungen erhält heute der Arbeitslose in nur wenigen Fällen die volle ihm zustehende Unterstützung. Es wird ihm bekanntlich nicht nur sein Verdienst, Renten usw. auf die Unterstützung angerechnet, sondern sogar der Verdienst seines Ehegatten. Solange der Arbeitslose Unterstützung erhält, und sei es auch nur ein Bruchteil des ihm eigentlich zustehenden Satzes, so bezieht er immer noch Hauptunterstützung und ist dadurch Rassenmitglied. Sind jedoch die anrechnungsfähigen Bezüge so hoch, daß der Arbeitslose überhaupt nichts erhält, dann ist er während dieser Zeit auch nicht versichert. Es bedarf wohl keines Hinweises, daß diese Rechtslage für die Versicherten eine große Härte darstellt. Es sei hier dies an einem Beispiel erklärt. Eine Ehefrau ist arbeitslos, während ihr Mann das Glück hat, noch in Lohn und Brot zu stehen. Der Verdienst des Ehemannes wird zu einem bestimmten Teile auf die Unterstützung der Ehefrau angerechnet. Da der Verdienst des Ehemannes schwach ist, kann der Fall eintreten, daß die Frau in einer Woche Unterstützung erhält, in der nächsten Woche nicht usw. Auf Grund der eben geschilderten Rechtslage ist dann die Arbeitslose nur

in den Wochen gegen Krankheit versichert, in denen sie Unterstützung bezieht. Während der andern Wochen ist sie dagegen nicht Rassenmitglied. Diese Rechtslage ist unhaltbar. Einmal verursacht sie sowohl den Rassen als auch den Arbeitsämtern unnötige Arbeit (An- und Abmeldungen), noch schlimmer sind jedoch die Nachteile für die davon betroffenen Versicherten. Diese treten besonders dann in Erscheinung, wenn der Arbeitslose in einer der unterstützungslosen Wochen erkrankt. Auch wenn es sich um die Erbringung einer bestimmten Mitgliedszeit handelt (Wochenhilfe usw.), fehlen dann die betreffenden Wochen. Es kann dies oft zur Ablehnung des gesamten Anspruchs führen. Es ist unbedingt notwendig, daß der Gesetzgeber hier umgehend eine Aenderung schafft.

Vom Ausland

Das internationale Sekretariat der Maler und verwandten Berufe beruft die

Siebte internationale Konferenz

zum 17. September 1931 und folgende Tage nach Prag ein. Die vorläufige Tagesordnung der Konferenz lautet:

1. Bericht des internationalen Sekretärs.
2. Berichte der Delegierten über den Stand und die Tätigkeit ihrer Organisationen.
3. Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der allgemeinen industriellen Entwicklung.
4. Die Produktionsbedingungen des Maler- und Lackierergewerbes. (Rationalisierung, Berufsausbildung, Beschäftigungsmöglichkeiten.)
5. Internationale Massnahmen gegen die Berufskrankheiten und Unfallgefahren.
6. Allgemeine Anträge und Verschiedenes.

Für das internationale Sekretariat: Otto Streine.

Wirtschaftliches

Riesenaufwand für Klame.

Die Zeitungsanzeige hat ihren 300. Geburtstag gefeiert. Im Jahre 1631 soll die erste Anzeige in einer deutschen Zeitung erschienen sein. Welchen Aufschwung das Inseratenwesen in den 300 Jahren genommen hat, ist bekannt. In den Vereinigten Staaten hat man 1927 5400 Millionen Mark für Klame ausgegeben. Der amerikanische Zeitungsverlegerverband stellte 1925 fest, daß in USA 183 Firmen einen jährlichen Klameaufwand von 100 000 Dollar und darüber trieben. Zwei große Automobilfabriken gaben 25 beziehungsweise 2 Millionen Dollar für Klame aus, eine Seifen- und eine Tabakfabrik je 1,7 Millionen. Für England nimmt man die Klameausgaben mit 27 Milliarden Mark an. In Deutschland wird die Ausgabe für unmittelbare Klame in Druck und Schrift mit rund 1 Milliarde Mark angenommen. Das kleine Oesterreich gibt 60 bis 70 Millionen Schilling für Klame aus.

Die Klame ist also zum unentbehrlichen Faktor der Absatzwirtschaft geworden. Riesenhafte Summen werden alljährlich dazu gebraucht, um die ungeheuren Warenberge, die die kapitalistische Wirtschaft dem Verbrauch zur Verfügung stellt, absetzen zu können. Wir glauben, daß der Klameaufwand geringer sein könnte, wenn das Masseneinkommen höher wäre. Bei erhöhter Kaufkraft ist das Anmieren zum Kaufen weniger notwendig, als wenn dem großen Warenangebot eine geringere Nachfrage gegenübersteht.

Fachtechnisches

Patentschau, zusammengestellt vom Patentbüro Johannes Koch, Berlin NO 18, Große Frankfurter Straße 59. Auskünfte bereitwilligst.

Angemeldete Patente

RL 75c. R. 75 966. Verfahren und Vorrichtung zum Spritzen von flüssigen Massen. Friedrich Reutisch, Leipzig C 1, Cemenisstraße 8.

RL 75c. Sch. 2930. Gefäß für Farbe, Leim oder dergleichen. Julius Schwerdtfeger, Hamburg 19, Bismarckstraße 26.

RL 75c. R. 11 030. Rührvorrichtung für Flüssigkeiten, insbesondere für Farben. Johann Rief, Hamburg, Müggelkamp 37.

Gebrauchsmuster

RL 9b. 1 180 286. Füllpinsel. Martin Ignaz Keller, Frankfurt a. M.-Süd, Martin-May-Straße 7/9.

Bereinstell

Eingeladte Gelder in der Zeit vom 14. bis einschließlich 31. Juli 1931

Eingeladnt haben: Altenburg 400 M, Berlin 2000, Danzig 2233, Darmstadt 280, Detmold 300,95, Eisenach 40, Frankfurt am Main 1500, Freiburg 6530, Friedberg 1000, Glogau 250, Götting 1200, Greifswald 50, Grünberg 60, Hagen 195,79, Hamburg 3000, Herford 150, Jena 250, Jngolstadt 30, Köln 800, Köslin 160, Kottbus 200, Lörrach 172,53, Lübeck 1000, Mannheim 800, München 1500, Neustettin 134,74, Nordhausen 600, Oberstein 50, Rathenow 450, Saarbrücken 325, Schleswig 115, Schweinfurt 100, Stolp 150, Stuttgart 2000, Sülzt 200, Erier 40, Weißwasser 11,50, Wiesbaden 500, Wismar 300, Wittenberge 169,60

Literarisches

Ein Buch über Daumier. Die Bildergilde Gutenberg hat gezeigt, daß alle ihre Buchausgaben mit feinem Verständnis nach sorgfältiger Prüfung vorgenommen werden. Mit dem neu erschienenen Daumier-Buch hat sie aber eine besonders glückliche Hand gehabt. Schon allein die Verwirklichung des Gedanken, den genialsten Karikaturzeichner der Geschichte in einem besonderen, reich illustrierten Werte der großen Öffentlichkeit, wie er es verdient, bekanntzumachen, heißt eine vorzügliche Leistung der Bildergilde dar. Dazu kommt, daß Crich auf in einem glänzend geschriebenen Text es verstanden hat, Daumier und sein reiches Schaffen aus seiner Zeit heraus zu erklären und dessen politische Leidenschaft als die eigentliche Quelle seiner Kunst befruchtend darzustellen. Wie aktuell der Künstler heute noch wirkt und wie zur rechten Zeit dies prächtige Werk jetzt erscheint, wird jeder Leser bald empfinden. Daß die Bildergilde Gutenberg das Buch als Prämie für den Gesellen, der zwei neue Mitglieder der Gilde zuführt, ist höchst anerkennenswert und wir hoffen und wünschen, daß das Daumier-Buch der Bildergilde Gutenberg recht viele neue Freunde und Mitglieder zuführen möge.

Franz Jung: Gaullerer. Ein gesellschaftskritisches Roman. Verlag: „Der Bücherkreis“, G. m. b. H., Berlin SW 61, Preis 4,80 M. — Der bekannte Verfasser erzählt in dem vorliegenden Roman die Geschichte einer Zollschleuder an der ober-schleisschen Grenze, wie sie in der heutigen Großwirtschaft nicht gerade selten vorkommt. Mit Spannung wird in einer Reihe von Szenen dargestellt, wie in der heutigen Gesellschaft alles zur Ware erniedrigt ist, wie die Menschen des Kapitalismus „Gaullerer“ werden. Gaullerer nicht nur mit Kleibern und Büchern, sondern Gaullerer mit Idealen, Ueberzeugungen und Erlebnissen. Wir können die Anschaffung des Buches nur warm empfehlen.

Gegen die Arbeitsdienstplicht. Von Ernst Wilhelm Neumann, Verlagsbuchhandlung W. B. Neumann, Berlin N 113, 48 Seiten, Preis 80 S. Die vorliegende aktuelle Schrift, die sich gegen die Arbeitsdienstplicht wendet, behandelt ausführlich das seitig unstrittene Problem und bringt umfangreiches Material für die Undurchführbarkeit der Arbeitsdienstplicht bei. Auch der freiwilliche Arbeitsdienst, der in einigen Gegenden Deutschlands heute bereits praktisch erprobt wird, wird eingehend erörtert. Wertvoll ist neben dem erhellenden Beweismaterial die Untersuchung über die Finanzierung der Arbeitsdienstplicht, ferner die Abhandlungen über die bulgarische Arbeitsdienstplicht, die weibliche Arbeitsdienstplicht und die Verlängerung der Schulpflicht. Wir können die Anschaffung der Schrift unsern Lesern empfehlen.

Was geschieht, wenn der Staat abgelehnt ist? Eine Frage, vor die bei den heutigen finanziellen und politischen Verhältnissen in den Kommunen viele Fraktionen gestellt werden. Im neuen Heft der „Gemeinde“ beantwortet der Regierungsdirektor Dr. Maull in einem interessanten Artikel dieses Problem sehr eingehend. Die Landgemeinden und die Kommunen sind durch die Romane, Anträge, Verordnungen und Erklärungen. Alle neuen Gesetze und Verordnungen findet der Praktiker hier besprochen. Die „Gemeinde“ kostet pro Heft 50 S und ist bei jeder Postfachhandlung, bei jeder Postanstalt und direkt durch den Verlag S. S. W. Dieck Nachf., Berlin SW 68, zu beziehen.

Als Nr. 4 der Sozialdemokratischen Lehr- und Leseblätter ist im Verlag S. S. W. Dieck Nachf., G. m. b. H., Berlin SW 68, eine Arbeit von Dr. Otto Friedländer mit dem Titel „Der Staat der deutschen Arbeit“ erschienen. In leicht fasslicher Form wird der Versuch gemacht, eine Gesamtdarstellung zu geben, was seit Kriegsende in sozial- und kulturpolitischer Hinsicht geschehen wurde, im Bereiche der Volkswirtschaft und in den Staaten des Auslandes aufzustellen. Gerade dieser Vergleich gibt eine überzeugende Rechtfertigung für die These des Verfassers, daß es gerade jetzt gelte, all denen, die die Frage stellen: „Geben wir denn wirklich noch etwas zu verlieren?“ zu zeigen, um was der Kampf geht und wieviel auf dem Spiel steht für die deutsche Arbeiterschaft.

Das Partei-Antiquariat (Internationales politisches Antiquariat), Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 13, bringt nunmehr das internationale Sozialistische Antiquar in Wien Nr. 2 des „Politischen Antiquars“ heraus. Außer einer Einführung: „Was ist Sozialismus?“ führt der politische Antiquar viele seltene und wichtige Studienliteratur, unter anderem über die Internationale, auf. Interessenten können den „Politischen Antiquar“ kostenfrei von der Hauptgeschäftsstelle des IAP abfordern. Im August dieses Jahres erscheint Nr. 3 des „Politischen Antiquars“ zum IAP-Kongress in Frankfurt. Diese Nummer wird vornehmlich deutsche und internationale Gewerkschaftsliteratur enthalten.

Vom 2. August bis 8. August ist die 32. Beitragswoche. Vom 9. August bis 15. August ist die 33. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Planen. Am 5. Juli 1931 starb unser Kollege Paul Himmer im Alter von 50 Jahren an Magenkrebs. Frankfurt a. M. Am 24. Juli starb unser treuer Kollege Georg Dornuff an den Folgen einer Operation, die sich infolge eines Unfalles notwendig gemacht hat.

Ehre ihrem Andenken!

Billige Bücher für den Maler

- Materialkunde für Maler . . . 1,60
- Farbenmarkbüchlein . . . 1,-
- ABC des jungen Malers (Hengst) . . . 3,-
- Die Malerfarben und ihre Bindemittel . . . 4,-
- ABC der Fachkunde für Maler (Koch), illustriert . . . 3,60
- Katechismus für Gehilfen- und Meisterprüfung . . . 5,-
- Anleitung zum Farbmischen . . . 2,-
- Farben und Farbharmone . . . 3,-
- Kunststilunterscheidungen, illustriert . . . 2,-
- Blumenmalerei, illustriert . . . 2,50
- Oelmalerei, illustriert . . . 2,-
- Aquarellmalerei, illustriert . . . 2,50
- Temperamalerei, illustriert . . . 2,50
- Pastellmalerei, illustriert . . . 2,50
- Skizzieren auf Wanderungen, illustriert . . . 1,75
- Federzeichnen, illustriert . . . 2,50
- Technik der Holzmalerei, illustriert . . . 1,-
- Neue Entlohnung der Schriften . . . 1,-
- Anleitung zum Kostenberechnen . . . 2,-



Wo der „LXMMLE“-TAPETENSCHNEIDER am Werk ist, da fliegen sie nur so, die Tapeten- und Lintrusta-Späne. Es ist, als schafften 6 Hände ohne Lohn mit — alle zu ihrem Nutzen. Was Sie durch das fixe Arbeiten mit dem „LXMMLE“-TAPETENSCHNEIDER sparen, das geht im Jahr in die Hunderte! Kurz und gut: Einen „LXMMLE“-TAPETENSCHNEIDER bestellen Sie noch heute! vom Verlag „Fachblatt der Maler“, Hamburg 34, Alster-Terrasse 10, oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.